

© **Schwerpunkt »Stadt, Land – im Fluss«**

Sieben auf einen Streich

Regionale Ernährungsstrategien als Schlüssel
für eine nachhaltigere Stadt-Umland-Kooperation

von Stephanie Wunder und Franziska Wolff

Stadt und Land sind funktional stark miteinander verbunden. Diese Verbindung, etwa im Bereich der Ressourcen- und Flächennutzung, spiegelt sich jedoch noch kaum in einer entsprechend engen Zusammenarbeit von Politik und Verwaltungen wider. In der Folge werden die bestehenden Handlungsansätze den unterschiedlichen Anforderungen von Stadt und Land selten gerecht – und die Ungleichheit der Lebensverhältnisse zwischen urbanen und ländlichen Räumen birgt zunehmend politischen Sprengstoff. Während nationale und internationale Nachhaltigkeitsziele die Bedeutung einer integrativen Entwicklung von Stadt und Land anerkennen, gibt es noch wenig praktische Ansätze in Politik und Planung, wie eine solche räumlich wie fachlich übergreifende Planung angegangen werden kann. Wie der folgende Beitrag aufzeigt, könnte die Erstellung und Umsetzung regionaler Ernährungsstrategien ein geeigneter Ansatz sein für eine integrierte, nachhaltige Entwicklung von Stadt und Land. Solche Strategien haben nicht nur das Potenzial, zu einer nachhaltigeren Land- und Ressourcennutzung beizutragen; sie können auch in anderen Politikbereichen wie Gesundheit, Bildung und Partizipation einen positiven Beitrag leisten.

Das Ziel einer integrierten Entwicklung von Stadt und Land gewinnt in den letzten Jahren politisch zunehmend an Bedeutung. Dies spiegelt sich unter anderem in den internationalen Zielen der auf UN-Ebene verabschiedeten *New Urban Agenda* (2016) zur Zukunft der Stadt- und Regionalentwicklung wider und in den *Sustainable Development Goals* (2015), konkret vor allem in Ziel 11.A (Verbindung zwischen Stadt und Land) und 15.3 (Landdegradationsneutralität).

In Deutschland wird die Verbesserung der Stadt-Land-Beziehungen bislang vor allem im Kontext der Erreichung gleichwertiger Lebensverhältnisse, der »Daseinsvorsorge« und der integrierten ländlichen Entwicklung diskutiert – etwa im Rahmen der »Kommission gleichwertige Lebensverhältnisse«, die 2018 bis 2019 im Auftrag des Bundes tagte.¹ Andere Nachhaltigkeitsherausforderungen im Stadt-Land-Nexus wie z. B. Flächensparen und ökologische Flächennutzung, eine Regionalisierung von Energie- und Stoffströmen, von Nahrungssystemen sowie der Aufbau regionaler Wertschöpfungsketten erfahren weniger politische Aufmerksamkeit. Sie sind aber in Anbetracht der engen funktionalen Verknüpfung etwa in Bezug auf eine regionale Nahrungsmittelversorgung,

Wasserver- und -entsorgung, Energie, Kreislaufwirtschaft oder Erholung von großer Bedeutung.

Gleichzeitig wird die politische und mediale Debatte über Stadt-Land-Beziehungen seit geraumer Zeit hitziger – und dies nicht nur in Deutschland. Spätestens nach den Wahlen 2016 und 2017 in Deutschland, Frankreich, den USA und Großbritannien, bei denen sich zeigte, dass in ländlichen Regionen die Zustimmung zu rechtspopulistischen Parteien steigt, wird die Frage diskutiert, warum dies so ist und wie die existierende und gefühlte Kluft zwischen den unterschiedlichen Lebensverhältnissen geschlossen werden kann.

Die Erhöhung der Mobilitätskosten (Sprit und ÖPNV) in einigen Ländern und deren Auswirkungen auf Pendlerinnen und Pendler, löste unerwartet heftige Reaktionen aus – zunächst die Gelbwestenproteste in Frankreich 2018, 2019 dann die sozialen Unruhen in Chile und Kolumbien.

Ähnlich hitzig werden auch Wohnraumverknappung und bezahlbarer Wohnraum in Städten diskutiert. Mit der national wie international fortschreitenden Urbanisierung wachsen Siedlungen und Gewerbe in die Flächen des Umlandes und führen dort zu weiterer Zersiedlung und Versiegelung. Die im Zuge des

Nutzungsdrucks ansteigenden Kauf- und Pachtpreise für diese Flächen üben wiederum nicht nur Druck auf Wohnmärkte, sondern auch auf die Landwirtschaft aus. Denn vielfach sind Agrarflächen und fruchtbare Böden betroffen, Pachtpreise steigen an und Junglandwirte wie Quereinsteiger finden kaum mehr landwirtschaftliche Flächen, auf denen sie wirtschaften können. Gleichzeitig veröden viele Dörfer und Dorfzentren. Wichtige Infrastrukturen wie Gesundheitsversorgung, Mobilität sowie die Breitband- und Mobilfunkinfrastruktur sind im ländlichen Raum nur unzureichend ausgebaut und benachteiligen deren Bevölkerung gegenüber der städtischen.

Schließlich wird auch das Thema Artenschutz, zuletzt durch das erfolgreiche bayrische Volksbegehren »Rettet die Bienen« im Sommer 2019, in der medialen Debatte häufig in der Gegensätzlichkeit von Stadt und Land beschrieben. Dabei werden die Befürworter nicht selten als ahnungsloser Städter ohne Bezug zu Land und Landwirtschaft diskreditiert.

Die Liste der Themen, mit denen Stadt-Land-Beziehungen zunehmend zum Gegenstand des öffentlichen und politischen Diskurses werden, könnte hier noch verlängert werden. Die verschiedenen Themen haben miteinander gemein, dass die Lösung der beschriebenen Probleme einen viel integrativeren Ansatz der Stadt-Land-Entwicklung erfordert.

Das Projekt »Rural Urban Nexus«

Die in diesem Artikel beschriebenen Ansätze für eine nachhaltige Stadt-Land-Entwicklung bauen auf den Ergebnissen des zwischen 2016 und 2019 vom Umweltbundesamt und Bundesumweltministerium geförderten Forschungsprojektes »Rural Urban Nexus – Global nachhaltige Landnutzung und Urbanisierung« (RUN) auf.² Unter Leitung des Ecologic Institutes und in Zusammenarbeit mit dem Öko-Institut, der TU Berlin und ICLEI³ wurde untersucht, wie eine nachhaltige Entwicklung von Stadt und Umland besser gelingen kann. Eine nachhaltige Entwicklung des Rural Urban Nexus wurde im Projekt definiert als eine »integrierte Ausgestaltung von Stadt-(Um)Land Beziehungen, die die funktionalen Interaktionen zum Nutzen der Gesamtregion erhöhen«. Im Projekt wurden Prinzipien und mögliche Untersuchungsindikatoren für eine nachhaltige Stadt-Land-Entwicklung identifiziert, Rahmenbedingungen und Instrumente für eine integrierte Stadt-Land-Entwicklung untersucht sowie politische Handlungsempfehlungen formuliert. Konkret wurde analysiert, welche Potenziale die Erarbeitung von regionalen Ernährungsstrategien für die Zusammenarbeit zwischen Stadt und Umland bietet.

Der nachfolgende Text erläutert die Eckpunkte eines solchen Ansatzes. Im Mittelpunkt stehen dabei die Erarbeitung und Umsetzung von regionalen Ernährungsstrategien. Sie könnten sich als eine der Schlüsselstrategien für eine nachhaltigere Stadt-Umland-Kooperation erweisen.

Instrumente für eine integrierte Entwicklung

Bei der Analyse, welche Möglichkeiten der Einflussnahme auf nachhaltige Stadt-Land-Beziehungen aktuell bereits durch politische und planerische Ansätze möglich sind, können drei grundlegende Feststellungen getroffen werden:

- Das Instrumentarium des bestehenden Ordnungs- und Planungsrechtes und die Verfügbarkeit anderer erprobter *Instrumente ermöglichen schon jetzt eine viel stärkere Zusammenarbeit*. Allerdings fehlen oft Wissen und Anreize dafür, dass kommunale und regionale Akteure diese bestehenden Möglichkeiten nutzen.
- Es gibt nur wenige Regionalentwicklungs- und Planungsansätze, die eine integrierte Entwicklung von Stadträumen und ihrem Umland zum Ziel haben. Tendenziell dominieren Ansätze, die das Stadt-Land-Verhältnis aus urbaner Perspektive analysieren und entwickeln. Auch in der Umsetzungspraxis *dominieren oft die städtischen Interessen*.
- Zu der Interaktion von Stadt und Umland gibt es *kaum Daten*, da Informationen in der Regel innerhalb der jeweiligen administrativen Grenzen erfasst werden. So können etwa Ressourcenflüsse zwischen Stadt und Umland (noch) nicht abgebildet werden.

Für einen angepassten Handlungsansatz für die Zusammenarbeit städtischer Gebiete und ihrer Umlandgemeinden ist es daher wichtig, zukünftig die Datenglage etwa zur Entwicklung der Siedlungsflächen, der Kreislaufwirtschaft (Phosphatrückgewinnung, Recycling von Siedlungsabfällen) oder infrastruktureller Verflechtungen wie Mobilitätsangebote zu verbessern. Die Daten und dazugehörigen Indikatoren bilden die Informationsgrundlage für die Beurteilung der angestrebten »gleichwertigen« Lebensverhältnisse und für die Auswahl von Maßnahmen zu deren Verbesserung.

Des Weiteren sollten die verfügbaren Instrumente der Raumentwicklung und Raumordnung für eine koordinierte Gestaltung von Stadt und Umland stärker genutzt werden. Die Palette der Möglichkeiten ist breit, wird in der Praxis jedoch noch kaum genutzt. Die wichtigsten Instrumente sind:

- gemeinsame Landesplanungen (wie in Berlin-Brandenburg);

- die Entwicklung von Metropolregionen- und Reiopolenkonzepten, die die Zusammenarbeit von (größeren bzw. kleineren) Großstädten mit hoher Innovations- und Wirtschaftskraft mit ihren umliegenden, ländlicheren Teilräumen strukturieren;
- interkommunale Planungsverbände (z. B. zur Erstellung von regionalen Energiekonzepten, Nutzung von Regionalbudgets⁴ im Rahmen der Konzeptfindung);
- freiwillige Kooperationen von Land- und Stadtkreisen zur Entwicklung integrierter regionaler Entwicklungskonzepte (in Nordrhein-Westfalen geschieht dies z. B. in Form von sog. »REGIONALEN« zur Bündelung regionaler Strukturmittel in strukturschwachen Regionen);
- die Entwicklung gemeinsamer Flächennutzungspläne (z. B. zur Reduktion der Flächeninanspruchnahme);
- der Aufbau eines interkommunalen Managements von Gewerbegebieten (z. B. über die Nutzung der Gewerbe- und Grundsteuerhebesätze, Standortmarketing und Wirtschaftsförderung);
- die Entwicklung spezifischer Stadt-Umland-Konzepte im Rahmen von Fachplanungen (z. B. Vernetzungskonzept für grüne Infrastruktur, Verkehrsplanungen) oder durch Stadt-Land-Partnerschaften (z. B. für die Vermarktung regionaler Produkte).

Im Rahmen der kommunalen Planungshoheit ist es mit diesen Instrumenten *bereits heute* möglich, Stadt-Umland-Beziehungen zu gestalten. Allerdings ist die Nutzung dieser Instrumente nicht verpflichtend vorgesehen und hängt damit stark von der Kooperationsbereitschaft der kommunalen Akteure ab. Da in der Praxis jedoch häufig Einzelinteressen und die Konkurrenz um Gewerbesteuererinnahmen dominieren, stellen die regionalen Vorteile der Zusammenarbeit noch ein bislang kaum ausgeschöpftes Potenzial dar.

Es ist daher hilfreich, über die Bereitstellung von Anreizen zur finanziellen Förderung von Projekten und die Schaffung von Personalstellen in den Kommunen stärkere Impulse zur Stadt-Umland-Kooperation zu setzen und auch informelle Kooperationen zu nutzen. Hierzu bestehen bereits diverse Förderprogramme auf Bundesebene⁵ und auf Landesebene⁶.

Regionale Ernährungsstrategien ...

Ein geeigneter konkreter Ansatzpunkt, um eine integrierte Stadt-Land-Entwicklung voranzubringen, ist die *Entwicklung von regionalen Ernährungsstrategien* zwischen Stadt und Umland. Diese Strategien beinhalten in der Regel Ziele und Maßnahmen zur Umsetzung verschiedener Aspekte eines nachhaltigen Ernährungssystems: Fragen von regionaler Produktion,

Lebensmittelversorgung der städtischen Bevölkerung, nachhaltiger Gemeinschaftsverpflegung, Förderung der Wertschöpfung und Verarbeitung in der Region, Reduktion von Lebensmittelverschwendung, gesunder Ernährung, Bekämpfung von Übergewicht und Fehlernährung, Wirtschafts- und Innovationsförderung im Ernährungssystem und Ernährungsbildung werden strategisch zusammengedacht.

Die Erarbeitung solcher Strategien ist vielversprechend, da sie Kernthemen der Stadt-Land-Entwicklung wie Landnutzung, das Schließen von Ressourcen- und Nährstoffkreisläufen, Regionalentwicklung und -wertschöpfung, aber auch die notwendige Zusammenarbeit unterschiedlicher Verwaltungen in der Region umfasst.

Jahrzehntelang fanden regionale Ernährungspolitiken in deutschen und anderen europäischen Städten wenig Beachtung. Seit der Mailänder Weltausstellung 2015 zum Thema Ernährung steigt das Interesse hierzu jedoch rasant. Nicht nur Bürgerinnen und Bürger, die sich stark für regionale Lebensmittel interessieren, sondern auch die Städte selbst begeistern sich allmählich für das Thema. Im Rahmen der EXPO 2015 unterschrieben in Mailand die ersten 50 Städte den *Milan Urban Food Policy Pact*, eine Erklärung mit sieben Verpflichtungen zum Aufbau von nachhaltigen Ernährungssystemen in Städten und durch Städte. Zusätzlich bilden sich in immer mehr Städten und Regionen sog. Ernährungsräte (siehe Kasten).

Bis Ende 2019 haben über 200 Städte weltweit die Mailänder Erklärung unterschrieben, darunter auch Köln, Berlin und Frankfurt am Main. Damit umfassen die Städte, die sich innerhalb des Paktes für nachhaltige Ernährung engagieren, circa eine halbe Milliarde Bürgerinnen und Bürger weltweit. Zur Erstellung

Ernährungsräte

Ernährungsräte bzw. Food Policy Councils, wie sie im Englischen heißen, stellen eine neue Form der Organisation dar, wie die Zivilgesellschaft Einfluss auf das Ernährungssystem ausüben will. In den USA, Kanada und Großbritannien sind sie schon länger etabliert. Zum Teil sind die Ernährungsräte rein zivilgesellschaftlich organisiert, zum Teil auch direkt mit der Kommunalpolitik verknüpft. Ebenso variieren ihre Aktivitäten: von der Bekämpfung sozialer Benachteiligung im Ernährungssystem über die Verbesserung von Gemeinschaftsverpflegung in Schulen oder sozialen Einrichtungen bis hin zur Stärkung der Beziehungen zwischen Stadtbevölkerung und den landwirtschaftlichen Erzeugern. Aktuell gibt es circa 45 Ernährungsräte bzw. Initiativen in Gründung im deutschsprachigen Raum.⁷

und Umsetzung von Ernährungsstrategien gibt es international schon viele Erfahrungen, auch wenn in Deutschland bisher erst wenige Städte (Berlin, Köln) und Bundesländer (z. B. Baden-Württemberg, Hessen, Niedersachsen) solche Strategien aufgesetzt oder geplant haben.

... und ihre Potenziale

Die Gründe, warum Städte regionale Ernährungsstrategien anstreben und umsetzen, sind vielfältig. Ebenso vielfältig sind die Potenziale und Effekte, die diese in unterschiedlichen Bereichen wie Gesundheit, Umwelt und Ernährungssicherheit entfalten können. Und weil regionale Ernährungsstrategien so viele der aktuellen Nachhaltigkeits- und Gerechtigkeitsprobleme *gleichzeitig* angehen können, sollte man sie viel stärker nutzen. Konkret lassen sich sozusagen »sieben Fliegen mit einem Streich erledigen«:

1. Umweltschutz und nachhaltige Landnutzung

Wenn die städtische Nahrungsmittelproduktion zu einem größeren Anteil aus nachhaltig produzierten Lebensmitteln aus dem Umland erfolgt, können auch Nährstoffkreisläufe leichter geschlossen werden, etwa durch die Nutzung von Lebensmittelabfällen, Kompost, Abwässern etc. Eine höhere Versorgung mit regionalen Produkten kann neben der Verringerung von Transportdistanzen auch zu mehr Diversität in der Landschaft und Landwirtschaft führen. Es würden geringere Mengen von vielfältigeren Produkten benötigt im Vergleich zu einer spezialisierten Produktion von Massengütern wie z. B. Weizen und Mais für den Weltmarkt. Im Sinne der Umweltverträglichkeit ist jedoch nicht nur wichtig, dass die Lebensmittelversorgung regionalisiert wird, sondern dass sie auch (etwa über Bioprodukte) ökologisiert wird. Nicht zuletzt kann die Re-Regionalisierung Bürgerinnen und Bürger wieder mit der Erzeugung ihrer Lebensmittel vertrauter machen und so die Grundlage für eine höhere Wertschätzung von (nachhaltiger) Landwirtschaft und Lebensmitteln legen.

2. Gesundheit

Die Versorgung der städtischen Bevölkerung mit gesünderen Lebensmitteln war und ist für viele Städte (z. B. Nürnberg, Stuttgart, München, Frankfurt am Main) ein zentrales Motiv für die Gestaltung regionaler Ernährungspolitiken. Durch die Beeinflussung der Vergabekriterien bei der Ausschreibung von Essenslieferungen von Schulen, Seniorenheimen, Krankenhäusern etc. kann ein erheblicher Anteil von Produktion und Konsum beeinflusst und das Auftreten ernährungsbedingter Krankheiten reduziert werden. Auch die Bereitstellung von Trinkbrunnen in öf-

fentlichen Räumen, Werbeverbote für Fast Food im ÖPNV und in der Nähe von Schulen sowie öffentliche Sportangebote werden bereits in Ernährungsstrategien zusammengedacht (z. B. in London und Amsterdam). »Essbare grüne Infrastrukturen« (Obstbäume in Parkstrukturen, seltene Gemüsestauden statt gängige Zierrabatten etc.) und die urbane Erzeugung von Lebensmitteln in Schulgärten, Dach- und Gemeinschaftsgärten leisten zudem einen Beitrag zum Stadtklima und zu besserer Luftqualität und dienen nicht zuletzt als gern genutzte Erholungsräume.

3. Regionalentwicklung

Eine kluge und räumlich verzahnte Verknüpfung von Produktion, Verarbeitung und Absatz der Lebensmittel kommt der Region zugute – über Arbeitsplätze und eine gestärkte regionale Identität. Ein gutes Beispiel ist etwa die Metropolregion Nürnberg, die mit ihren Aktivitäten (Spezialitätenwettbewerb, kulinarische Landkarte, Bio-Stadt-Koordinator) Ziele der Regionalentwicklung, des Artenschutzes sowie der Tourismus- und Kulturförderung vereint.

4. Bildung

Erfahrbare Produktionsorte für Ernährung – sei es auf dem Dachgarten, Schulgarten oder im Rahmen eines Projekttag – leisten einen Beitrag zur Bildung von Ernährungskompetenzen und der Förderung von handwerklichen Fähigkeiten (von Gärtnern bis Kochen). Über den Aufbau von Wissen und Kompetenzen zu gesunder Ernährung und den Bedingungen landwirtschaftlicher Produktion kann auch die Wertschätzung für Lebensmittel gesteigert werden und eine breitere Reflexion über die Nachhaltigkeit der Nahrungsmittelproduktion angestoßen werden.

5. Ernährungssicherheit

Der Zugang zu ausreichender, sicherer und nahrhafter Ernährung spielt nicht nur in Städten des globalen Südens eine Rolle, sondern auch in Ländern mit sog. »Food Deserts« und einer Unterversorgung an frischen Produkten. Der Mangel an Lebensmitteln bzw. frischen Lebensmitteln führte z. B. in Nairobi (Kenia) und Detroit (USA) zu einer Ernährungspolitik, die gezielt urbane Landwirtschaft fördert. Auch Gegenden mit starker Abhängigkeit von Lebensmittelpimporten wenden sich aus Gründen der Ernährungssicherheit einer stärker regionalisierten Erzeugung zu.

6. Resilienz

Resilienz gegenüber Extremwetterereignissen und Naturkatastrophen spielt in Zeiten der Klimakrise eine zunehmend wichtige Rolle. Urbane Landwirtschaftsflächen und Gärten können eine Rolle im Rahmen von Anpassungskonzepten spielen, indem sie etwa

als Rückhalteflächen bei starken Regenfällen dienen. Städte wie Kopenhagen und Paris beziehen urbane Landwirtschaftsflächen bereits aktiv in ihre Klimaanpassungskonzepte ein.

7. Partizipation

Anders als viele andere Themen der Nachhaltigkeit hat das Thema Ernährung ein großes Mobilisierungspotenzial: Essen ist Alltagspraxis, Kultur, Genuss, Begegnung. Jede und jeder ist für sich Expertin bzw. Experte. Das Thema liegt im Trend und erfährt große mediale Aufmerksamkeit. Wie kaum ein anderes Thema ist Ernährung daher geeignet, Bürgerinnen und Bürger für die Partizipation bei der Gestaltung gesellschaftlicher Herausforderungen, Planung öffentlicher Räume oder Integration in Entscheidungsprozesse zu gewinnen. Mehr Partizipation wird nicht zuletzt auch von den UN-Nachhaltigkeitszielen eingefordert. Die Entwicklung und Umsetzung von partizipativen, regionalen Ernährungsstrategien dient damit auch mehr Selbstbestimmung bzw. Ernährungssouveränität. Es ist in dem Kontext bezeichnend, dass die ersten urbanen Gärten Deutschlands als »interkulturelle Gärten« entstanden sind, in denen sich Migrantinnen/Migranten und Deutsche aus unterschiedlichen sozialen Milieus und Lebensformen begegnen und in denen Umweltschutz quasi »nebenher« betrieben wird.

Dieser Überblick zeigt: Die Potenziale regionaler Ernährungsstrategien sind enorm! Um sie zu entfalten, braucht es jedoch nicht nur das Engagement der Regionen und Kommunen und ihrer Bürgerschaft, sondern auch die Bundespolitik: Ohne die überfällige Reform der EU-Agrarpolitik, die endlich öffentliche Gelder an gesellschaftliche Leistungen koppeln muss, und ohne eine Regulierung des Bodenmarktes, die verhindert, dass weiterhin viel Ackerland an nicht-landwirtschaftliche Investoren verkauft und damit der regionalen Lebensmittelversorgung entzogen wird, fehlt der nötige Rückenwind für die Agrar- und Ernährungswende. Eine Wende, die wir brauchen, um zu gleichwertigeren Lebensverhältnissen zwischen Stadt und Land zu kommen!

Anmerkungen

- 1 Siehe hierzu auch den Beitrag von Ulf Hahne in diesem *Kritischen Agrarbericht* (S. 203–210).
- 2 S. Wunder, F. Wolff, S. Kuhn, A. Burger, U. Giseke und C. Kasper: Rural Urban Nexus – Globale Landnutzung und Urbanisierung. Integrierte Ansätze für eine nachhaltige Stadt-Land-Entwicklung. Hrsg. vom Umweltbundesamt, UBA-Texte 138/2019. Dessau-Roßlau 2019 (www.umweltbundesamt.de/publikationen/rural-urban-nexus-globale-landnutzung-urbanisierung).
- 3 ICLEI – Local Governments for Sustainability ist ein weltweiter Verband von Städten, Gemeinden und Landkreisen für Umweltschutz und nachhaltige Entwicklung (www.iclei.org).
- 4 Regionalbudgets, bei denen entweder Landkreise, Bürgervertretungen oder andere Akteursgruppen selbstständig über Investitionen im Rahmen der vereinbarten grundlegenden Ziele entscheiden, eignen sich auch für die Einbindung der Bevölkerung in den Prozess und führen häufig zu einer höheren Akzeptanz von Maßnahmen.
- 5 Beispiele wären: BMBF-Fördermaßnahme »Stadt-Land-Plus« (www.zukunftstadt-stadtlandplus.de), Wettbewerb Bundespreis »REGIOkommune« (www.regiokommune.de) Wettbewerb, BMVI-Modellvorhaben der Raumordnung MORO (www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/FP/MORO/moro_node.html).
- 6 Beispiele wären: Initiative »StadtUmland.NRW« (www.stadtumland-netzwerk.de/stadtumland-nrw), »Stadt-Umland-Wettbewerb (SUW)« in Brandenburg.
- 7 Siehe hierzu auch den Beitrag von Valentin Thurn et al. in diesem *Kritischen Agrarbericht* (S. 338–342). Dort wird unter anderem von der Arbeit des Ernährungsrats in Köln berichtet.



Stephanie Wunder

Koordinatorin für Landnutzungspolitik und Ernährung am Ecologic Institut in Berlin. Sie leitet das Forschungsprojekt »Rural Urban Nexus«.

Ecologic Institut gGmbH
Pfalzburger Str. 43/44, 10717 Berlin
stephanie.wunder@ecologic.eu



Franziska Wolff

Leitet den Bereich »Umweltrecht und Governance« am Öko-Institut und forscht unter anderem zu nachhaltiger Landnutzung.

Öko-Institut e.V.
Schicklerstr. 5–7, 10179 Berlin
f.wolff@oeko.de